Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.60 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 441. Halle, Donnerstag, den 20. September 1917.

Wachsende Gesechtstätigkeit an der ganzen Westfront.

Das französisch-russische Bündnis an einem Wendepunkt.

Berlin, 18. September. Camille Vaucelair schreibt in der „Depeche de Toulouse" vom 12. September: Es ist durchaus möglich, daß der russische Staat, mit dem wir unser Bündnis abgeschlossen haben, bald nicht mehr existieren wird. Mit dem Zaren, dem politischen und geistlichen Oberhaupt, ist der Zusammenhang der einzelnen Länder vernichtet. Finnland, die baltischen und lettischen Länder, die Moskauer Gegend, Sibirien, die Kosakenländer, Zirkassien, Polen wollen kleine unabhängige Staaten werden. Niemals haben die Zaren versucht, aus ihren Ländern eine einheitliches Gebilde zu schaffen (?); es gab nur eine religiöse und Rassensehnsucht, die Aufrichtung des orthodoxen Kaisertums in Konstantinopel. Damit hat die Revolution aufgeräumt, und nun ist kein Band mehr da. Nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker müssen wir daher sagen, daß nach dem Fall der Romanows die Finnländer, Kaukasier, Sibirier und Ukrainer, selbstständig werden müssen. Von dieser Grundlage aus müssen wir unser Interesse an dem russischen Chaos abwägen. Wir stehen an einem Wendepunkt des dreißigjährigen französisch-russischen Bündnisses, aber wir sind daran nicht schuld. Wir müssen nun daran denken, mit den sieben oder acht starken Staaten, die sich auf den Ruinen des zarischen Palastgefängnisses aufbauen werden, ganz verschiedene Beziehungen zu unterhalten. Das Bündnis war eine logische aber auch eine künstliche Schöpfung. Sie kann lebendig bleiben, sie kann sich ändern; es ist daher gerecht, daß ein „heiliger Egoismus" uns Vorsicht auferlegt. Wohl können wir den gesunden Teilen des russischen Volkes unsere Neigung bewahren, aber wir können ein Bündnis nicht mehr als dauernd ansehen, das mehr aus Politik als aus Sympathien entstanden, in seinen Grundlagen und Zwecken jetzt völlig verändert ist.

Wir wären sehr schlecht beraten, wenn diese einschneidende Veränderung nicht bald gekennzeichnet würde. Das ist bisher nicht geschehen. Während die von uns geleistete Hilfe eine vernehmliche Sprache rechtfertigt, haben wir nicht mit offiziösen Missionen gearbeitet, als ob nur die russischen und französischen Sozialisten miteinander stritten. Das genügt nicht; es muß sofort eine ganz andere feste Sprache angewendet werden. Was einst bestand, besteht heute nicht mehr, und das muß man jetzt klar aussprechen. Es wäre vergeblich, wenn unsere Politik die Scheinrolle eines platonischen Ratgebers bei einem Drama übernähme, in dem unser Geld und unser Blut zu ganz anderem Zwecke eingesetzt worden sind.

Rußland.

Die demokratische Konferenz — Vorbereitungen zur verfassunggebenden Versammlung.

WTB. **Petersburg**, 19. Sept. (P. T.-A.) **Die große demokratische Konferenz ist endgültig auf den 25. September festgesetzt worden. Es werden daran ungefähr 800 Abgeordnete teilnehmen, die sämtlich durch Sonderdepeschen eingeladen worden sind, in denen diesen die Notwendigkeit nahegelegt wird, alle Kräfte des Landes zu vereinen, um seine Verteidigung zu organisieren und zur Bildung einer festen, revolutionären Gewalt beizutragen. In jedem Lande beginnen rege Vorbereitungen zu den Wahlen für die verfassunggebende Versammlung, und Bezirkswahlausschüsse haben sich bereits in 19 Provinzen gebildet.**

*

Kornilows Aushungerung.

e. B. **Stockholm**, 19. Septbr. **Kornilows Lage in Mohilew vor der Verhaftung war verzweifelt. Nach Berichten des Zentralkomitees des Arbeiterrats waren bereits Freitag die Stationen Schklow und Orscha von den regierungstreuen Truppen unter der Führung des Obersten Kortschi besetzt und Kornilow dadurch in Mohilew gänzlich eingeschlossen. Er befand sich mit wenigen treuen Truppen der feindlichen Stadtbesatzung gegenüber. Kornilow erbat Lebensmittel, da er zu verhungern fürchtete. Seine Bitte wurde jedoch abgeschlagen, bis Kornilow sich auf Gnade und Ungnade ergab. Der General wollte dann die Telegraphenleitung nach Rostow benutzen; auch dies wurde ihm abgeschlagen. Darauf erklärte Kornilow sich bereit, sich an Alexejew auszuliefern. Von den Offizieren, die sich für Kornilow erklärten, haben viele Selbstmord begangen. Es wird als Grund angegeben, daß sie nach Kornilows Absetzung ganz an der russischen Zukunft verzweifelten.**

Rotterdam, 19. Sept. Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" wird aus Stockholm berichtet: Der Aufruf Kornilows wurde von der Regierung Kerenskis beschlagnahmt. Gegen Kerenski wurde darin der Vorwurf erhoben, die deutschen militärischen Aktionen zu begünstigen.

Petersburg, 18. Sept. (P. T.-A.) Die vorläufige Regierung hat in der Erwägung, daß die Bewegung Kornilows vollständig unterdrückt ist, und infolge davon die außergewöhnlichen Maßnahmen, die durch sie veranlaßt waren, vermeidlich geworden sind, die Aufhebung des Militärgouverneurs von Petersburg angeordnet. Zum Oberkommandierenden der Truppen des Bezirkes Petersburg wurde der Oberst Polkownikow ernannt. Der neue Kommandant ist mit ausgedehnten Machtbefugnissen ausgestattet zur Regelung der Fragen der Lebensmittelversorgung und des Transportwesens.

*

Die Sowjets als Volksvertretung.

e. B. **Stockholm**, 19. Sept. Die russische Regierung wird nach Auflösung der vierten Duma eine Vertretung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte als Abgeordnetenhaus anerkennen. Mit dieser Volksvertretung wird die russische Regierung weiter regieren. Dieser Beschluß bedeutet eine entschiedene Verschiebung nach links.

*

Finnland.

Petersburg, 18. Sept. (P. T.-A.) Eine Abordnung des finnländischen Senats besuchte Kerenski, um der Regierung für die Erweiterung der Finnland durch die Akte vom 12. September gewährten Rechte auf Selbstverwaltung zu danken, und versicherte dem Ministerpräsidenten, daß die Finnländer im politischen und wirtschaftlichen Leben mit dem russischen Volk zusammengehen würden.

*

Cochin über Rußland.

Bern, 18. Sept. Der ehemalige französische Blockade-Unterstaatssekretär Cochin richtete im „Petit Parisien" einen sehr scharfen Artikel gegen Rußland. Er erklärt, es gebe eigentlich kein europäisches Rußland mehr. Es gebe nur einen Weg für Rußland, sich zu rehabilitieren, nämlich Deutschland aus Riga und Kurland zu verjagen. Dafür habe man ihm die Waffen geliefert. Die Kanonen Kerenskis und Kornilows stammten aus Creuzot und St. Chamond. Die Herren in Rußland sollten sie gefälligst endlich gegen den gemeinsamen Feind abfeuern.

*

Prozeß Suchomlinow.

Petersburg, 19. Sept. (P. T.-A.) Nach Erschöpfung der Zeugenliste wurde der Angeklagte aufgefordert, Erklärungen im Zusammenhang abzugeben. Der ehemalige Minister, der durch die lange Gerichtsverhandlung außerordentlich abgespannt schien, sprach mit schwacher, müder Stimme. In seiner Verteidigungsrede griff Suchomlinow sehr heftig Sachverständige und Militärschriftsteller an und suchte die Notwendigkeit der Schleifung mehrerer Festungen nachzuweisen, die er angeordnet hatte. Unter den durch den modernen Krieg geschaffenen Bedingungen hatten diese Festungen längst ihre ganze militärische Bedeutung verloren und waren nur Fallen für zurückkehrende Truppen. Während des russisch-türkischen Feldzuges hatte ich die Ueberzeugung gewonnen, fuhr Suchomlinow fort, daß die während der Feindseligkeiten selbst geschaffenen provisorischen Befestigungsanlagen viel praktischer und nützlicher seien. Beweis sind die mächtigen belgischen Festungen, die innerhalb weniger Tage fielen, während Verdun, das keine Festung im eigentlichen Sinne des Wortes ist, zahlreiche wütende Anstürme aushielt; ein anderer Beweis ist Przemysl. Suchomlinow beendete seine Ausführungen, indem er sagte, daß er sich niemals mit Politik beschäftigt, sondern ausschließlich für das Wohl des Vaterlandes gearbeitet habe.

Furchtbare Verluste der Franzosen an der Höhe 344.

Berlin, 19. Sept. Nach der Anfangspause in den Angriffen der Entente ist der Kampf an allen Fronten wieder aufgelebt. In Flandern entfalten die Engländer neuerdings eine rege Tätigkeit. Außer dem starken Trommelfeuer mit gewaltigem Munitionseinsatz, das an verschiedenen Stellen schlagartig einsetzte, deuten auch Truppenbewegungen auf neue englische Angriffsabsichten hin. Oestlich Ypern wurde mehrfach das Auffüllen der englischen Trichter erkannt. Bei Zillebeker-See und bei Pilsem wurden marschierende Kolonnen beobachtet und unter wirksames Feuer genommen. Die englischen Infanterie- und Artilleriestellungen litten beträchtlich unter der Abwehrwirkung der deutschen Artillerie. Zahlreiche Explosionen konnten festgestellt werden.

Im Artois war die Feuertätigkeit besonders bei Acheville gesteigert. Nördlich des La Bassée-Kanals gelang es den Deutschen, nach Sprengung einer Mine deren Trichter zu besetzen. Bei St. Quentin kam es nur zu Patrouillengefechten. Die Ruine der Kathedrale von St. Quentin erhielt mehrere Treffer.

An der Aisnefront war die Artillerietätigkeit stark gesteigert. Nördlich von Reims drangen deutsche Stoßtrupps südöstlich Couroy bis in den zweiten französischen Graben vor, fügten den Franzosen erhebliche Verluste zu und kehrten mit einer Anzahl Gefangener zurück. Auf dem östlichen Maasufer versuchten die Franzosen einen neuen Angriff. 4 Uhr 20 nachmittags brachen sie nach kurzer, heftiger Feuervorbereitung in drei Kilometer Breite vom Nordhang der Höhe 344 bis zur Straße Beaumont-Vacherauville zum Angriff vor. Den ersten Angriffswellen folgten tiefgegliederte massierte Reserven. Das deutsche Abwehrfeuer setzte unmittelbar, nachdem die ersten Franzosen ihren Graben verlassen hatten, mit einem vernichtenden Eisenhagel ein. Die vordersten Sturmwellen kamen nicht einmal bis an das deutsche Hindernis, sie kehrten um und flüchteten, wurden aber von der Wucht der nachdrängenden Reserven wieder vorgerissen. Infolge ihrer Massierung hatten diese im deutschen Maschinengewehrfeuer furchtbare Verluste. Nur ein geringer Teil gelangte bis an die deutschen Gräben, wo er niedergemacht oder gefangen genommen wurde. Die übrigen wandten sich jetzt allgemein zur Flucht. Verzweifelt bemühten sich die überlebenden Sturmtruppen, die steilen Hänge, die sie hinabgestürmt waren, wieder zu erklimmen. Unter den regellos zurückflutenden dichten Massen schlug das deutsche Vernichtungsfeuer verheerend ein. Der Nordhang der Höhe 344 liegt voll toter Franzosen.

Die Fliegertätigkeit war beiderseits außerordentlich rege. Deutsche Geschwader belegten Bahnhöfe, Truppenunterkünfte in der Nacht vom 18. und 19. September ausgiebig mit Bomben. In Mirepelle entstand ein Brand, der lange Zeit anhielt. In Biercourt wurde ein Munitionslager in die Luft gesprengt.

Im Osten ist die Kampftätigkeit aufgelebt. An der Rigafront versuchten die Russen mehrere vergebliche Teilvorstöße in Stärke von einigen Kompagnien. An der Moldau hat ein neuer russo-rumänischer Angriff eingesetzt. Starkem Feuer am Morgen des 18. September vom Ojtoz bis zum Casinutal folgte eine Anzahl schwächerer erfolgloser Teilangriffe nördlich der Glasfabrik. Am Nachmittag setzten dann nach starker Artillerievorbereitung von der Glasfabrik bis zur Ojtozstraße heftige tiefgegliederte Angriffe ein. An der Glasfabrik wurden sie restlos abgewiesen. Südlich Grecesci wurde ein rumänischer Anfangserfolg durch Gegenstoß wieder völlig ausgeglichen. Bei Varnita wiederholten die Rumänen die Angriffe des Vortages, wiederum ohne jeden Erfolg. Ebenso nordöstlich von Muncelul, wo die Rumänen einen überraschenden Teilvorstoß versuchten, der im Abwehrfeuer der Verbündeten restlos zusammenbrach.

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. **Wien**, 19. Sept. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits des Ojtztales haben wir starke rumänische Angriffe abgeschlagen. Durch raschen Vorstoß wurde der an einer Stelle eingedrungene Feind völlig geworfen. Seine Verluste sind erheblich.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls von Conrad führte der zur Wiedergewinnung eines vorübergehend dem Feind überlassenen Frontstückes bei Carcano angesetzte Gegenangriff zu vollem Erfolg. An Gefangenen wurden hier sechs Offiziere und über 300 Mann eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. **Berlin, 19. September, abends. (Amtlich.) Der Artilleriekampf in Flandern dauert an. Sonst nichts Wesentliches.**

Was wird mit Belgien?

Gerüchte über ein englisches Friedensangebot, die vor einiger Zeit durch die Presse liefen, sind bekanntlich inzwischen von Wien dementiert worden. Auch die Regierung von Berlin weiß von einem solchen Angebot nichts. Nichtsdestoweniger erhalten sich die Gerüchte in der veränderten Form, daß von England indirekt wegen des Friedens bei den Zentralmächten sondiert worden sei. Im Zusammenhang damit wird mit wachsender Bestimmtheit davon gesprochen, daß Deutschland zu einem Verzicht Belgiens entschlossen sei und diesen Entschluß auch in dieser oder jener Form demnächst öffentlich zum Ausdruck bringen werde. Die alldeutsche Presse ist hierüber ganz aus dem Häuschen geraten. Zuerst schlug die „Deutsche Tageszeitung" Lärm. Sie brachte in ihrer letzten Montagnummer die Meldung, in der vergangenen Woche sei von den maßgebenden Faktoren in Gegenwart des Deutschen Kaisers der Verzicht auf Oberherrschaft und tatsächliche Kontrolle über Gebiet und Bevölkerung des früheren Königreichs Belgiens beschlossen worden. Dringend wurde von dem Bündlerblatt um authentische Aufklärung ersucht. Die „Tägliche Rundschau" erwiderte darauf, ihr werde als Information zuteil: „daß in der belgischen Frage Entschließungen wohl bereits gefaßt, aber noch nicht zum Abschluß gekommen sind, so daß die Annahme unseres Desinteressements zum mindesten als verfrüht bezeichnet werden muß". Jetzt schreibt das Blatt unter der Ueberschrift „Die Preisgabe Belgiens":

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170920014/fragment/page=0001

„Es ist zweifellos, daß in der Zentrumsfraktion die Richtung Erzberger völlig abgesiegt hat. Der Standpunkt, den noch in seiner letzten Rede zur Sache der Abgeordnete Spahn einnahm, der Standpunkt, daß wir Belgien militärisch und wirtschaftlich in der Hand behalten müßten, ist von der Fraktion aufgegeben. Auch auf der Zweiteilung Belgiens zugunsten der nationalen Erhaltung des Vlamentums will man nicht mehr bestehen. Bestimmend für die verzichtende Haltung der Regierung war offenbar der Staatssekretär Kühlmann, den damals die neutrale und pazifistische Presse bei seinem Amtsantritt ganz richtig eingeschätzt hat. Natürlich will man „gewisse Bürgschaften" für die deutsche Sicherheit gegenüber Belgien und seinen Gönnern fordern. Also ganz Schema F. Ein Stück Papier. Haben wir diese papierenen Bürgschaften nicht auch zuvor schon in dem belgischen Neutralitätsvertrag besessen? Haben nicht trotzdem Frankreich und England Belgien jahraus, jahrein als Aufsallsgebiet gegen Deutschland im Einverständnis mit dem neutralen Belgien ausgebaut? Uebrigens verlangt, wie wir hören, England erst recht von uns „gewisse Bürgschaften", daß wir nicht noch einmal Belgien als Durchmarschgebiet behandeln. Ob England dabei auch mit papierenen Bürgschaften sich begnügen will, wissen wir nicht. Jedenfalls ist der Spieß diplomatisch bereits völlig umgedreht. Nicht wir machen die belgischen Bedingungen, sondern die Engländer. Lügenhaft zu erzählen, aber wahr."

Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb am Montag abend folgendes:

„Es sind Stimmen im Umlauf, die darauf hinweisen, daß die Entschließungen über Belgien noch nicht abgeschlossen seien. Der Hinweis ist offenbar bestimmt, der Behauptung entgegenzuwirken, daß unser Desinteressement hinsichtlich Belgiens beschlossene Sache sei, wie bestimmt auftretende, anscheinend gut verbürgte Gerüchte behaupten. Die oben erwähnten Pressestimmen sprechen ohne Andeutung der Herkunft ihres Wissens lediglich von Entschließungen im allgemeinen. Wir stellen demgegenüber fest, daß ein Dementi der Angaben, nach denen unser Desinteressement hinsichtlich Belgiens beschlossen sei, und daß in diesem Sinne der Feind oder doch etwaige Vermittler bereits verständigt worden wären, bis zu dieser Stunde nicht vorliegt."

Am Dienstag morgen entnahm das Blatt aus dem Schweigen der Regierungsstellen, daß es tatsächlich mit dem Desinteressement Deutschlands an Belgien seine Richtigkeit habe. Es erklärte:

„Wenn die von uns wiederholt ausgesprochenen Befürchtungen, die durch die Handhabung des offiziösen Informationsapparat nur verstärkt werden, sich wirklich bewahrheiten sollten, so würde das deutsche Volk vor einer so erschütternden Tatsache stehen, daß es schwer wäre, die Verzweiflung an der deutschen Sache zu bannen. Es ist selbstverständlich, daß kein Volks- und Vaterlandsfreund, der in diesen Tagen noch Gelegenheit hat, mit den maßgebenden Stellen in Berührung zu kommen, den leisesten Zweifel darüber lassen wird. Graf Westarp ist jetzt zu einer sehr maßgebenden Stelle im Zusammenhang mit der Frage deutscher Macht über die flandrische Küste berufen worden. Jede Verquickung dieser deutschen Schicksalsfrage mit innerpolitischen Angelegenheiten wäre ein Verrat."

Sollte tatsächlich — so hieß es weiter — die Bindung der deutschen Politik in der belgischen Frage „im Sinn der negativen Weltanschauung der Reichstagsmehrheit" erfolgt sein, so würde der Reichskanzlerwechsel zwecklos gewesen sein, und wir ständen vor der Notwendigkeit, Personen zu opfern, um die Sache zu retten. Der Artikel schloß wie folgt:

„Ist eine Entscheidung noch nicht gefallen, was wir noch immer hoffen, so mag man sich an zuständiger Stelle nur ja keinem Zweifel über den Ernst der Dinge hingeben und sich von dieser Erkenntnis im letzten Augenblick noch leiten lassen; ist eine Entscheidung im Sinne eines Verzichts auf die deutsche Macht in Belgien und damit auf die Freiheit politischer und wirtschaftlicher Entwicklung Deutschlands gefallen, so muß eine Preisgabe der verantwortlichen politischen Personen erfolgen, um die Freiheit neuer Entschließungen wiederzugewinnen."

Was geschehen ist, um diese Angriffe der alldeutschen Zeitungen auf den Reichskanzler zu rechtfertigen, weiß eigentlich niemand. Nur so viel scheint sicher zu sein, daß die Antwort der deutschen Regierung auf die Friedensnote des Papstes sich über die belgische Frage sehr zurückhaltend äußern wird. Die deutsche Regierung ist aber vielleicht nicht gesonnen, diese Zurückhaltung auch im weiteren Verlauf der Verhandlung zu üben, sondern bereit, dann eine deutsche Antwort zu geben, ebenso wie sie es in mündlichen Besprechungen mit dem Vertreter des Papstes schon getan haben soll. Darüber schreibt der „Vorwärts":

„Die gegenwärtige Regierung Michaelis-Kühlmann hat sich zur belgischen Angelegenheit bisher noch nicht öffentlich geäußert, und durch die Indiskretion einiger Blätter ist schon verraten worden, daß auch in der Antwortnote an den Papst Belgien nicht besonders erwähnt sein wird. Nach allem, was man sonst weiß, wird aber diese Antwortnote im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli gehalten sein: auch das ist kein Geheimnis, denn der Reichskanzler hat ja schon im Hauptausschuß erklärt, daß die Antwort unmöglich in ablehnendem Sinne erfolgen kann. Nun spricht aber die päpstliche Note ausdrücklich von der Wiederherstellung Belgiens als einer notwendigen Friedensgrundlage: ihr zustimmen heißt also, sich zur Wiederherstellung Belgiens grundsätzlich bereit erklären. Selbstverständlich wird die Ueberreichung der Antwortnote an den Papst weitere Verhandlungen zwischen ihm und der deutschen Regierung zur Folge haben. Der Papst wird fragen, ob sich die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands, auf der von ihm entworfenen Grundlage zu verhandeln, auch auf Belgien beziehe. Wenn man der alldeutschen Presse glauben will, so hat er schon gefragt, und es ist ihm auch schon so geantwortet worden, wie die Wahrheitsliebe es verlangt."

Auch der „Kölnischen Volkszeitung" sind Mitteilungen derart zugegangen, daß in der letzten Woche die Entscheidung über Belgien in „englandfreundlichem Sinn" gefallen sei.

Wir beschränken uns zunächst darauf, die wichtigsten einschlägigen Pressestimmen zu registrieren. Die Veröffentlichung der deutschen Antwort auf die päpstliche Friedenskundgebung steht ja in einigen Tagen bevor, und man wird dann vielleicht klarer über die ganze Angelegenheit sehen.

*

c. B. **Berlin**, 19. Sept. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensbotschaft in der belgischen Frage endgültig verpflichtende und ins einzelne gehende Erklärungen nicht enthalten wird. Zu dem Vorschlage des Papstes, der auf Einführung eines internationalen Schiedsgerichtshofes abzielt, dürfte die Note in freundlicher und entgegenkommender Weise Stellung nehmen: Dies allerdings nicht ohne den Hinweis, daß bisher alle Versuche, den Gedanken in die Wirklichkeit zu überführen, gescheitert seien, daß also zum mindesten bestimmte Vorschläge des Papstes über den einzuschlagenden Weg abgewartet werden müßten.

*

WTB. **Berlin**, 19. Sept. Gegenüber anderslautenden Meldungen wird in der „Köln. Ztg." versichert: Einzelheiten über Belgiens Zukunft werden in der Antwortnote an den Papst deutscherseits nicht genannt. Dazu sei früheitens Zeit am Friedensunterhandlungstage. Auch das Gerücht, daß der Kronrat die deutsche Nichtinteressiertheit in Belgien ausgesprochen habe, könne nicht richtig sein.

Die „Germania" schreibt, von einem solchen Verzicht könne nicht die Rede sein. Ihn wolle niemand im Reichstag und niemand in der Regierung. Ueberall handele es sich nur darum, die Bedingungen festzusetzen, unter welchen wir uns bereit finden lassen würden, die eroberten Landstriche freiwillig wieder aus der Hand zu geben, die unsere Feinde mit Gewalt trotz aller ihrer Anstrengungen nicht zu entreißen vermochten.

c. B. **Berlin**, 19. Sept. Zur belgischen Frage schreibt der „L.-A.": So weit wir unterrichtet sind, ist in jüngster Zeit in der Tat ein englischer Fühler in bezug auf die belgische Frage an befreundeter Stelle erfolgt, und ebenso ist in gleich unverbindlicher Form eine Antwort erteilt worden, die sich mit der englischen Anregung, das belgische Faustpfand gegen die deutsch-afrikanischen Kolonien auszutauschen, beschäftigt. Es heißt, England sei entschlossen, uns Teile des Kongogebietes gegen Deutsch-Südwestafrika anzubieten. So weit dürften aber, wie wir zu wissen glauben, die Dinge noch nicht gediehen sein. Wir nehmen an, daß demnächst die Welt etwas Näheres von der Auffassung der deutschen Regierung und dem Standpunkt, den sie in der belgischen Angelegenheit einzunehmen entschlossen ist, erfahren wird.

Unruhen in Irland.

Berlin, 18. Sept. Interessante Nachrichten über die Unruhen in Irland enthalten Briefe, die den Deutschen kürzlich in die Hände fielen. Aus Dublin wird geschrieben: „In Cork kam es gestern zu Totschlag. Dreißig Personen wurden verletzt, ein Mann erschossen. Es waren natürlich die Sinn-Feiner. Sie zerbrachen die Kerkerfenster und das Werbebureau, rissen den „Union Jack" herunter und hißten an seiner Stelle die republikanische Flagge. Die Polizei suchte sie zu beschwichtigen, aber da benutzten sie die Revolver. Sieben Polizisten wurden verletzt. Schließlich mußte Militär herbeigerufen werden." In einem Briefe aus Dublin heißt es: „Gestern kam ein großer Ersatztransport. Die elenden Sinn-Feiners pfiffen sie aus und schwenkten die republikanische Flagge in ihr Gesicht. Nach dem Tode von Major Redmond erreichte einer von der irischen Partei die Freilassung der Aufständischen, die zu Zuchthaus verurteilt waren. Bei ihrer Rückkehr am letzten Sonntag wurden Prozessionen und Freudenfeuer veranstaltet. Aus jedem Hause hingen Flaggen, und die Volksmenge verhöhnt die Soldaten. Es ist eine schreckliche Gesellschaft, und die Anzahl derer, die Sinn-Feiner gemordet sind, ist überraschend. Vorige Woche hielten sie eine Versammlung ab, die verboten wurde. Als die Polizei kam, um den Wortführer Plunkett zu verhaften, schlug einer aus der Menge den Polizeiinspektor mit einem Stock tot. Die Polizei hatte den Kerl, aber der Pöbel befreite ihn. Jetzt sind 100 Pfund auf seinen Kopf gesetzt."

Die Kriegskosten unserer Feinde.

Von Prof. Dr. **Willi Prion**, Berlin.

(Schluß.)

5. Amerika.*)

Die Kriegsgewinne, die der amerikanischen Volkswirtschaft während der Neutralität der amerikanischen Regierung in den Schoß gefallen sind, werden auf 40 bis 50 Milliarden Mark beziffert. Diese Summe beleuchtet besser als alles andere die gewaltigen Vorteile, die Amerika als Nutznießer des Völkermordens genoß; sie zeigt zugleich den Umfang der Hilfe, die es seinen jetzigen Verbündeten von Kriegsbeginn an hat zuteil werden lassen. Der offene Eintritt Amerikas in den Krieg hat zur ersten Folge gehabt, daß jetzt das offizielle Amerika jene Kredite gewährt, die bisher bei jeder Munitionsbestellung bei Lieferanten oder Banken beschafft werden mußten. Von nun an erhalten die Kriegslieferanten — an Stelle der durch die entsetzlichen Mißerfolge der Waffen faul werdenden Forderungen an die Entente — Bezahlung aus den Erlösen der Regierungsanleihen. Letzten Endes finanziert jetzt der amerikanische Bürger, der die langfristigen Anleihen seiner Regierung zeichnet, aus seinem ersparten Kapital die Waffen- und Munitionslieferungen für Europa, d. h. die Lieferanten, die bis dahin kreditiert hatten, erhalten jetzt definitive Zahlung. Der offizielle Eintritt Amerikas in den Krieg entspricht durchaus den Interessen der Kriegslieferanten ... Und Wilson verdeckte den Geldsack mit dem Mantel der Freiheit und der Demokratie.

Mit echt amerikanischer Großspurigkeit ließ sich der Schatzsekretär sofort nach Abbruch der Beziehungen zum Deutschen Reich einen Kredit von 7 Milliarden Dollar oder 28 Milliarden Mark eröffnen (wahrscheinlich um bei Vergleichen nicht hinter den bisherigen Kriegskosten der kleinsten Finanzmacht der Entente, Italien, zurückzustehen). Von dieser Summe hat er seinen neuen Verbündeten 12½ Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, und zwar in der Weise, daß die einzelnen Länder monatlich einen bestimmten Betrag abheben können. Da jedoch die schwebenden Verpflichtungen der Entente keinen langen Aufschub duldeten, mußte der Schatzsekretär sofort auf dem Wege des kurzfristigen Kredits Mittel flüssig machen, von

*) Siehe „Saale-Zeitung" Nr. 426, 431, 433, 438, 439.

Die kleine Clauß.

Roman von **Clara Paust**.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie dachte an die große Kiste, die sie zufällig drüben in dem Schuppen neben dem Maschinenhause entdeckt hatte. Der Feuermann, der ihr sehr ergeben war, hatte ihr achselzuckend auf ihr dringendes Befragen bestätigt, was sie schon beinahe erraten hatte, es wären „verhunzte" Maschinen und Teile von der neuen Sorte; der Herr Erler werde sie später wieder mitverwenden ... Der Alte hatte, als er das sagte, vielsagend mit den Augen gezwinkert. Marianne empörte sich noch jetzt nachträglich in der Erinnerung daran. „Stahl- und Eisenteile wieder benutzen, die in dem alten Kistenschuppen stehen ... schon so etwas auszusprechen ist frivol, ist ein Verbrechen!" dachte sie. „So etwas sollte nicht vertuscht werden ... aber wer mag Angeber sein?"

In ihre Gedanken hinein sagte die Arbeiterin: „Wann bekomme ich denn nun eigentlich meine Maschine wieder?"

Erler und Baumann wechselten einen Blick. „Die müssen wir noch ein Weilchen haben, der anderen wegen", sagte Baumann. „Sie bekommen dafür diese hier."

„Meinetwegen!" sagte das Mädchen. „Die hier ist gerade so gut."

Es schien, als hätten diese paar Worte dem ganzen Werk die Krone aufgesetzt, als ob diese Leistung nun erst bestätigt worden sei und damit seinen Abschluß erreicht habe. Baumann faßte nach Schraubenzieher und Drahtzange, und auch Erler fiel aus seiner Pose und machte sich zum Gehen bereit. Ohlschüh schloß sich ihnen an, er war der einzige, der Marianne zum Abschied grüßte. —

Margarete Lauterbach schien sich in Laucha so wohl zu fühlen, wie Ohlschüh es ihr gewünscht hatte. Wenn sie am Vormittag im Geschäft erschien, war gewöhnlich das Frühstück bereits vorüber, und am Nachmittage brachte sie warmgeschlafene Wangen mit, auf denen nicht selten das Häkelmuster von Frau Beyers Sofakissen deutlich zu erkennen war. Von dem Augenblicke an, da Marianne sie erblickte, war es ihr nicht mehr wohl, sie fühlte sich in Margarete Lauterbachs Anwesenheit unruhig und beklemmt. Trotzdem überwand sie sich und riet ihr, früher zu kommen, der Chef halte streng auf Pünktlichkeit.

Margarete Lauterbach lachte. „Sie vergessen ganz, liebes Kind", sagte sie von oben herab, „daß ich hier nur sozusagen auf Besuch bin. Wenn ich erst mal in Neusiedel bin, werde ich mich wahrscheinlich auch anders einrichten. Wahrscheinlich sage ich. Denn das kommt immer auf die Verhältnisse an. Jedenfalls aber will ich mir darin von niemand Vorschriften machen lassen."

Marianne schluckte diese Zurechtweisung tapfer hinunter. Sie war noch nicht fertig, Ohlschüh wurde ungeduldig. Neusiedel brauchte seine Direktrice. Und Margarete Lauterbach schien sich so gar nicht dorthin zu sehnen. Es kam selten vor, daß sie einmal von ihrem künftigen Wohnort sprach. So ergriff Marianne Clauß die sich heute bietende Gelegenheit beim Schopfe und fragte, wann Margarete Lauterbach nach Neusiedel gehen werde.

„Ich weiß noch nicht!" sagte diese kurz. „Das kommt schließlich noch bald genug."

„Der Chef spricht immerzu davon. Und ich muß ihm zustimmen, wenn er meint, daß Sie in diesem Betriebe nichts mehr lernen können."

Sie fuhr auf. „Warum sagt er mir das nicht selbst? Er soll mir's selber sagen!"

Marianne schwieg. Diese Frage hatte sie sich selbst schon vorgelegt und auch bald die Antwort darauf gefunden. Er wollte „der Neuen" den Chef nicht so sehr zeigen, sie sollte nicht fühlen, daß sie sich in Abhängigkeit befand. Aber sie sagte das nicht. Ihr war zumute, als ob sie sich damit selbst erniedrige.

Die neben ihr sprach mit freier Stimme: „Fritz Ohlschüh würde nie wagen, mich zu drängen. Da steckt niemand anders dahinter als mein Vater!"

„Ihr Vater?!"

„Sicher. Denn das ist ein ..." Margarete Lauterbach zuckte die Achseln. „Ich habe da mal nach Hause geschrieben, daß es mir in Laucha gefällt und daß ich noch einige Zeit hier bleiben will, und da gedenkt er, mir die Sache zu versalzen ... Ich soll expreß hinüber auf das langweilige Dorf."

Marianne schüttelte ungläubig den Kopf. „Das glaube ich nicht!" — „Der Vater gegen die Tochter? Das ist unmöglich!" dachte sie. Aber ein Gefühl des Abscheus erwachte in ihr. „Was muß bei diesen Leuten für ein Familienleben herrschen, wenn es die Tochter für wahrscheinlich hält, daß der Vater gegen sie intrigiert? Wenn ich das von meiner Mutter denken müßte!"

Und keine Ahnung sagte ihr, daß gerade sie in der größten Not ihres Lebens von ihrer Mutter allein gelassen würde. —

Fräulein Lauterbach war klug und befolgte den Rat Mariannens wenigstens insofern, als sie sich bereit zeigte, sich am folgenden Sonntag ihren neuen Wirkungskreis wenigstens einmal anzusehen. „Aber Fräulein Clauß muß mitgehen!" sagte sie in dem Tone eines verzogenen Kindes.

„Natürlich, sie geht mit!" beeilte sich Ohlschüh ihr zu versichern. Dann freilich wurde er ein wenig verlegen. „Ich verfüge über ihre Sonntage mit einer Selbstverständlichkeit ..." dachte er.

Aber schon hatte sich Marianne bereit erklärt. „Das war schon beschlossene Sache, ehe Sie kamen!" sagte sie freundlich.

Frau Clauß war es nicht ganz recht. Sie war es nicht gewöhnt, Sonntags von ihrer Tochter allein gelassen zu werden. „Sie würde den Weg auch allein finden!" meinte sie. „Das schon, Muttchen", begütigte Marianne. „Aber ich habe es doch dem Chef versprochen."

„Dann freilich." Fritz Ohlschüh war für Frau Clauß die höchste Instanz. —

Neusiedel lag drei Wegestunden von Laucha entfernt. Direkte Bahnverbindung hatte es nicht, es war umständlicher zu fahren als zu gehen, und wenn man über die Felder ging und die Chaussee abschnitt, die einen ziemlich großen Bogen machte, konnte man den Weg in zwei Stunden gehen.

Die beiden Mädchen hatten verabredet, daß sie sich um zwei Uhr vor der Fabrik treffen wollten. Marianne fühlte wohl, daß die Kollegin eine Einladung, in ihre Wohnung zu kommen, erwartete; sie hatte es schon öfters gelegentlich durchblicken lassen, daß sie sehr gern bei ihr verkehren würde. Aber Mariannes Mutter wünschte diesen Besuch nicht. Sie wollte dieses Mädchen nicht. Ihre Abneigung dagegen grenzte schon beinahe an Haß.

Marianne trank hastig und gehorsam den viel zu heißen Kaffee, ohne den sie ihre Mutter nicht gehen ließ. Dann stand sie ungeduldig vor der Fabrik und wartete, und sie ging hin und her, auf und ab. Sie sandte einen ärgerlichen Blick hinauf zur Wohnung des Chefs. „Deinetwegen", dachte sie, „stehe ich hier und warte; du bist schuld. Ach, mein schöner Sonntagnachmittag!" (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170920014/fragment/page=0002

denen alsbald 2½ Milliarden Mark in die leeren Tasoen der Verbündeten geleitet wurden. Zur Konsolidierung dieser Kredite und zur Beschaffung weiterer Mittel erfolgte im Mai die Auflegung einer festen Anleihe, der 3½prozentigen Freiheitsanleihe. Es wurden insgesamt 12¾ Milliarden Mark gezeichnet. Da — in weiser Voraussicht — nur 8½ Milliarden ausgeschrieben waren, so konnten die Ententeblätter von einer Riesenüberzeichnung, von einem glänzenden Auftakt, zu dem kommenden Sieg der Demokratie über den Militarismus berichten . . . Berücksichtigt man den Kapitalreichtum der Union, die Bereicherung der amerikanischen Volkswirtschaft während der drei Kriegsjahre, dann kann man beim besten Willen nur von einem mäßigen Erfolg der ersten amerikanischen Kriegsanleihe sprechen.

Für die Entente bedeutet der Eintritt Amerikas in die finanzielle Kriegführung zweifellos eine Erleichterung ihrer außenfinanzpolitischen Lage, die ja auch mit ausgelassenster Freude und übertriebenen Hoffnungen aufgenommen wurde. (In Frankreich erwartete man ein Geschenk von einer Milliarde Dollar.) Die amerikanische Finanzhilfe ist jedoch nur eine Erleichterung und nichts weiter; denn auch ohne die offizielle Unterstützung wäre die Beschaffung von Kriegsmaterial — wie bisher und in Zukunft — auf Pump weitergegangen, freilich unter drückenderen Bedingungen. Wie jetzt in englischen Zeitungen zu lesen ist, haben die bisherigen Kredite nicht weniger als 8 bis 10 Prozent gekostet — abgesehen von der Risikoprämie, die in den hohen Lieferpreisen gesteckt haben wird. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch, daß Amerika, das bisher am Kriege verdient hat, nunmehr steigende Kosten zu Lasten seiner Volkswirtschaft zu tragen haben wird. Da nämlich, wie in allen kriegführenden Staaten, der größte Teil der Kriegskosten auf dem Anleihewege beschafft werden muß, die bisher in Amerika veranschlagten jährlichen Anleihebeträge aber schon die jährlichen Kapitalersparnisse in der amerikanischen Volkswirtschaft übersteigen, so wird sowohl eine starke Einschränkung des industriellen und sonstigen Kapitalbedarfs mit seinen störenden Folgen eintreten, als auch eine Inflation der Geldmittel durch die nicht zu umgehende übermäßige Schaffung von Kredit nicht ausbleiben. Die Folgen werden — neben den hohen Steuern, die bereits zur Einführung gelangt sind — eine weitere Steigerung aller Preise und eine Verteuerung des Zinses sein, die sich — von Amerika ausgehend — auf allen Geldmärkten der Entente, voran in England, bemerkbar machen wird.

Der erste „Erfolg" des Eintritts Amerikas in die Finanz. G. m. b. H. Entente ist die plötzliche und scharfe Entwertung des Dollarwechsels im neutralen Ausland und der auffallend starke Goldabfluß nach dem Osten (dem durch ein soeben ergangenes Goldausfuhrverbot entgegengetreten wird). Und der andere Erfolg kündigt sich vielsagend darin an, daß der amerikanische Schatzsekretär für die 2. Anleihe schon einen um ½ bis 1 Prozent erhöhten Zinssatz in Aussicht nimmt . . . Amerika ist auf dem besten Wege, aus einem Nutznießer des Krieges ein Leidtragender zu werden — wie alle Kriegführenden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Ausstand amerikanischer Werftarbeiter.

c. B. **Haag**, 19. September. Aus Washington wird gemeldet: Am Montag ist ein Streik der Metallarbeiter auf den Werften an der Küste des Stillen Ozeans ausgebrochen, woran 25 000 Arbeiter beteiligt sind, welche 12 v. H. aller am Flottenbau beschäftigten Arbeiter ausmachen. Die Aufständischen fordern 50 v. H. Lohnerhöhung. Es fanden auch Unruhen statt.

c. B. **Washington**, 19. September. (Reuter.) Der Obmann des Schiffahrtsamtes Hurley forderte Gompers auf, zur Beendigung des Ausstandes zu verhandeln, der das Schiffbauprogramm der Regierung für die pazifistische Küste gefährde.

Die Besprechung in San Francisco zwischen der Regierung und den Vertretern der Werften und den Arbeiterführern dauern an.

Massenverhaftungen in Italien.

Karlsruhe, 19. September. Nach zuverlässigen Schweizer Meldungen von der italienischen Grenze sind am Freitag und Sonnabend in Turin, Mailand und Florenz mehrere hundert politische Verhaftungen erfolgt, die mit der Entdeckung einer Friedensbewegung im Zusammenhang stehen sollen.

WTB. **Rom**, 19. September. (Agence Stefani.) Durch Dekret vom 16. September wurden die Provinzen Alessandria, Genua und Turin angesichts ihres militärischen Charakters in die Kriegszone einbezogen.

Unter dem Gipfel.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In der Generalversammlung des Hasper Eisen- und Stahlwerks hat Geheimrat Klöckner, einer der hervorragendsten Kenner der deutschen Eisenindustrie, die Ansicht ausgesprochen, daß die Aufwärtsentwicklung dieser Industrie wahrscheinlich ihren Höhepunkt überschritten habe. Diese Worte haben der Börse Schrecken eingejagt, so daß sie am Anfang dieser Woche die Kurse vieler Werte nicht unerheblich herabsetzte. Das Angebot war nennenswert und man hatte das Gefühl, daß die Börse die Ansicht Klöckners nicht unberechtigt fand.

Nun ist der Geheimrat Klöckner, was die fernere Entwicklung der Eisenindustrie während des Krieges und in der Uebergangswirtschaft betrifft, keineswegs mutlos. Er rechnet weiter mit umfangreichen Aufträgen und meint, daß die Reorganisation nach dem Kriege, insbesondere wohl die der Eisenbahnen und der Handelsflotte, die deutsche Industrie in den Stand setzen werde, die Uebergangsjahre zu überwinden, bis die Ausfuhr wieder geregelt ist. Jedoch rechnet er mit einem Rückgang oder noch vorläufig mit keinem weiteren Aufstieg der Preise. Er beschwert sich darüber, daß die Aufsichtsbehörden Preiserhöhungen nicht mehr zuließen, während andererseits die Löhne weiter stiegen. Nun sind wir allerdings der Meinung, daß noch immer die Preisaufwärtsbewegung nicht ihr Ende gefunden hat und daß auch die Industrie noch sehr erheblich verdient. Zweifellos jedoch hat der schnelle Aufstieg der Preise aufgehört und auch der Umfang der Erzeugung schreitet nicht mehr in dem alten Maße fort. Das verhindert schon die Knappheit an Rohmaterial, besonders an Kohlen, die die Werke zwingt, möglichst wenig verschwenderisch zu produzieren. Bisher hat die Industrie immer wieder einen Ausgleich in den aufschnellenden Preisen gefunden. Das ist nun in der Hauptsache vorbei.

Es muß sich nunmehr zeigen, welche Betriebe die Zeichen der Entwicklung frühzeitig begriffen haben. Denn nach und und nach wird die Notwendigkeit an die Industrie herantreten, von ihrer Uebergangs- und Friedensrüstung Gebrauch zu machen. Eine ganze Reihe von Unternehmungen hat während des Krieges eine nicht ungefährliche Erweiterungspolitik getrieben. Man darf gespannt sein, ob es diesen Betrieben gelingen wird, auch in der Uebergangszeit und im Frieden eine dem gedehnten Rahmen angepaßte Produktion auf gesunder Grundlage aufrecht zu erhalten. In dieser Hinsicht kann man allerdings nicht völlig sorglos der Entwicklung entgegensehen.

Jedenfalls sollte sich die Aktienspekulation sagen, daß die Jubelzeit an der Börse vorüber ist. Daran wird auch ein gelegentliches Treiben der Kurse nichts ändern. Uebrigens ist das nicht nur in Deutschland der Fall. An allen großen Börsen sind Symptome einer Spekulationsermüdung zu bemerken. Man kann gar nicht genug davor warnen, diese Symptome nichtsdestoweniger beiseite zu lassen und weiter darauf loszuspekulieren. Unseres Erachtens aber wäre bald vielleicht doch der Zeitpunkt gekommen, die amtliche Kursnotierung wieder einzuführen. Wenn erst einmal der letzte Zeichnungstermin für die Kriegsanleihe vorüber ist, könnte man ernstlich daran denken, den Kurszettel wieder zu veröffentlichen. Denn es besteht die große Gefahr, daß unlautere Elemente auch jetzt noch das Kursdunkel benutzen, um harmlose Leute zur Spekulation anzureizen. Man glaubt ja gar nicht, wie dieses Uebel im Kriege um sich gefressen hat. Die meisten Leute, die sich an der Spekulation beteiligt haben, verstehen rein gar nichts davon. Sie kümmern sich überhaupt nicht um die Geschichte, um den inneren Wert der Unternehmungen, deren Aktien sie erwerben. Sie begnügen sich mit irgend einer Empfehlung, die sehr häufig nichts wert ist, weil sie von unkundiger oder gewissenloser Seite kommt. Die Aufklärung seitens der Presse hat leider infolge von allerlei Umständen nicht in dem Friedensumfange betrieben werden können.

Zunächst gilt es jetzt, die Friedensanleihe unterzubringen, so daß sie eine sehr erfolgreiche Volksanleihe wird. Dann aber kann man an die Einleitung der Uebergangswirtschaft an den Effektenmärkten gehen, deren glatte Abwicklung außerordentlich wichtig für die Entwicklung des Kapitalmarktes ist. Die Hauptsache bleibt, daß der Uebergangszustand möglichst störungslos verläuft. Damit das aber der Fall ist, muß er schon vor dem Beginn der eigentlichen Uebergangswirtschaft, d. h. vor Friedensschluß in Szene treten.

Euer Gold muß für das Vaterland arbeiten!

Die Goldankaufsstellen zahlen den vollen Goldwert

Deutsches Reich.

Fortschrittliche Anfragen im Reichstage.

Dem Reichstag sind eine Reihe kleiner Anfragen zugegangen. Der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen fragt, was gegen die Bewucherung des Volkes durch die hohen Preise für Holzsohlen getan wird; es würden für Holzsohlen in Gestalt von Holzsandalen 500 bis 600 Prozent genommen. Derselbe Abgeordnete fragt nach Maßnahmen der Reichsleitung, um dem deutschen Volke die unbedingt notwendige Versorgung mit Schuhmaterial zu ermöglichen.

Abgeordneter v. Schulze-Gävernitz erbittet eine Erklärung darüber, daß der Fliegerschaden aus der Reichskasse voll vergütet werde.

Eine Presse-Kundgebung gegen Wilson.

Saarbrücken, 19. September. Der Verband der Saar-Presse und der Zeitungsverlegerverein des Saarreviers haben folgende Erklärung erlassen:

Die unterzeichneten Redakteure und Verleger der im Saarrevier erscheinenden politischen Tageszeitungen als die berufenen Vertreter der öffentlichen Meinung im Saarlande nehmen Veranlassung, ihre Entrüstung über die Unwortnote des Präsidenten Wilson auf die Friedensnote Seiner Heiligkeit des Papstes zum Ausdruck zu bringen. Die Saarbrücker Lande sind vor hundert Jahren auf ihren dringenden Wunsch der Krone Preußens einverleibt worden. Sie haben während all der Zeit die Wohltaten des preußischen Herrscherhauses in reichstem Maße an sich erfahren. Daher weisen sie mit flammendem Protest die anmaßende, freche Zumutung des Präsidenten Wilson, die Monarchie zu stürzen, zurück. Sie verbitten sich auch für die Zukunft jede fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches und Preußens. Erst recht verwahren sie sich gegen den Gedanken, die Saarbrücker Lande vom Reiche und von der Krone Preußens wieder loszureißen und fremder Herrschaft zu unterstellen. Was auch kommen mag, die Saarlande werden wie bisher auch in Zukunft mit Liebe und Treue zu Kaiser und Reich stehen. Das Saargebiet soll sein und bleiben, was es seit hundert Jahren war, ein unantastbares Kleinod der Krone Preußen.

Es folgen die Unterschriften von 24 Zeitungen des Saargebiets.

Zum Heldentod des Fliegerleutnants Wolff.

Oberleutnant Wolff, der 1895 als Sohn des Baurats Wolff in Greifswald geboren wurde, war einer unserer jüngsten und erfolgreichsten Jagdflieger. Von Memel aus, wo er seine Schulzeit durchmachte und das Abiturientenexamen bestand, trat er im März 1914 als Fahnenjunker beim Eisenbahnregiment Nr. 4 in Schöneberg ein, rückte bei Kriegsausbruch als Unteroffizier mit einer Eisenbahnbaukompagnie aus und blieb bis zum April 1915, bis zu seiner Beförderung zum Leutnant, bei dieser Truppe. Seiner Kampfeslust genügte die Kriegstätigkeit als Eisenbahner nicht und er meldete sich zur Ausbildung als Flugzeugführer. Anfang 1916 ging er zu einer Kampfstaffel an die Westfront wo er die Verdun-Offensive und die Sommekämpfe mitmachte. Im November 1916 kam er zur Jagdstaffel 11, bei der er unter Führung des Rittmeisters Freiherrn von Richthofen einer der erfolgreichsten Jagdflieger wurde. Sein stürmisches Draufgängertum und seine vorbildliche Tapferkeit brachten ihm rasch einen Luftsieg nach dem andern ein. Am 6. März 1917 schoß er seinen ersten Gegner ab und schon am 6. Mai 1917, also zwei Monate später erhielt er für den 29. Luftsieg den Orden Pour le mérite. Im Juli erhielt er die Führung der Jagdstaffel 11, die, wie im Heeresbericht vom 19. August ausgeführt wurde, in siebenmonatiger Kampftätigkeit 200 Gegner zum Absturz gebracht hat.

Halle und Umgebung.

Halle, den 20. September 1917.

Zum Absatzverbot für Obstkonserven.

Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen gibt folgendes bekannt:

Infolge der neuen Fassung des § 8 der Verordnung über die Verarbeitung von Obst vom 5. August 1916 erstreckt sich das Absatzverbot für Obstkonserven nicht nur auf solche Hersteller, deren Erzeugung im Jahre mehr als 100 Doppelzentner beträgt, sondern auf sämtliche gewerbsmäßige Hersteller von Obstkonserven, sowie auf solche nichtgewerbsmäßige Hersteller, die im Jahre mehr als 20 Doppelzentner herstellen.

Als Obstkonserven gelten: Kompottfrüchte, Dunstobst, Obstmus, Obstmark, Belegfrüchte, kandierte Früchte, Gelees, Fruchtsäfte, Fruchtsirupe, Obstkraut, Dörrobst und Marmeladen, die aus Obst oder unter Zusatz von Obst oder Fruchtsäften hergestellt sind.

Die genannten Hersteller unterstehen daher sämtlich der Aufsicht der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, Berlin SW. 68, Kochstraße 6. Sie werden aufgefordert, ihren Betrieb und ihre vorhandenen Vorräte bei der genannten Gesellschaft umgehend anzumelden.

Eisernes Kreuz.

Dem Leutnant und Kompagnieführer Erich Rodehau, Sohn des Oberbahnassistenten a. D. Rodehau, ist in Riga das Eiserne Kreuz erster Klasse verliehen worden.

Das Eiserne Kreuz erster Klasse erhielt ferner auf dem westlichen Kriegsschauplatz der prakt. Arzt Dr. Max Ahrens aus Oppin im Saalkreis, zurzeit Bataillonsarzt in einem Inf.-Regt. Dr. Ahrens, der zurzeit verwundet in einem Kriegslazarett liegt, trat kurz nach Kriegsbeginn als kriegsfreiwilliger Art ins Heer ein und hat mit seinem Bataillon die heißen Kämpfe der Somme-Schlacht bei Contalmaison, Bayentin usw. sowie im Pierre-Vaast-Walde mitgemacht, ferner die große April-Offensive der Engländer bei Arras und jetzt die Kämpfe bei Lens.

Die Ruder-Gesellschaft von 1874 e. V., Bootshaus Peißnitz beabsichtigt ihr diesjähriges Abrudern verbunden mit Klub-Regatta am kommenden Sonntag, den 23. Sept., abzuhalten. Es kommen 9 Rennen zur Austragung. Start: Lehmanns Felsen. Ziel: Bootshaus Peißnitz, etwa 800 Meter stromauf. Während der Rennen, die pünktlich um 3 Uhr beginnen, findet auf dem Bootshausplatze Konzert statt. 7 Uhr ist Preisverteilung an die Sieger, alsdann im Bootshause musikalische Unterhaltung.

Domkirche. Freitag abend 8 Uhr Kriegsbettstunde, Domprediger Lic. Baumann.

Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 19. Sept. (Durchgehende Dienstzeit.) Um Kohlen und Licht zu sparen, sind von Mittwoch an die Dienststunden sämtlicher in den Kreishäusern untergebrachten Bureaus und Kassen auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags durchgehend festgesetzt worden.

Eilenburg, 19. Sept. (Die Stadtväter) bewilligten eine Spende zum 70. Geburtstage Hindenburgs im Betrage von 1000 Mark. Ferner stimmten sie einer Erhöhung der Gaspreise um 3 Pfennig für das Kubikmeter zu. Danach betragen die Gaspreise vom 1. Oktober 1917 an für Leucht-, Koch- und Heizgas 20 Pf. für das Kubikmeter, für Motorengas 18 Pf. und für Automatengas 28 Pf. Bisher betrugen sie 17,15 und 25 Pfennige.

() **Jena**, 19 Sept. (Den Ernst der Zeit) sowie die allgemeinen Verpflegungsschwierigkeiten scheint das Oberhaupt einer benachbarten kleinen Landgemeinde noch nicht recht erkannt zu haben. Zu diesem Urteil zwingt folgende, unter dem 27. August d. J. ausgestellte bürgermeisterliche Bescheinigung: „Wegen eingetretenem Todesfalle benötigt die Witwe (folgt Name) hier 10 Pfd. Fleisch außergewöhnlich zum Begräbnis ihres Mannes, was hierdurch bescheinigt wird. Der Gemeindevorstand." Das Jenaer Volksblatt bemerkt hierzu: Also zehn Pfund Bratenfleisch um der trauernden Witwe und den schmerzgebeugten Leidtragenden die Veranstaltung eines Leichenschmauses, just wie in guter alter Zeit, zu ermöglichen! Sollte man das von einem Bürgermeister in der Zeit bitterer Einschränkung für möglich halten! Das hiesige Lebensmittelamt war nun freilich etwas anderer Auffassung; die von dem Dorfoberhaupt bewilligte Fleischmenge wurde nicht angerechnet, und so ist der Herr Bürgermeister in einige Verlegenheit geraten.

)—(**Altenburg**, 19. Sept. (Der Senior der Thüringer Gastwirte.) Hoftraiteur Eduard Dannenf, ist im Alter von 78 Jahren hier gestorben. Er war ein Menschenalter erster Vorsitzender der Thüringer Zone des Deutschen Gastwirte-Verbandes. Sein ausgezeichnetes Rednertalent, seine Organisationsgabe, die zielbewußte Führung der Verbandsgeschäfte und nicht zuletzt sein lauterer Charakter brachten ihm zu großem Ansehen und wiederholten Auszeichnungen. Dannenf war Mitkämpfer im Amerikanischen Bürgerkrieg 1861/65 und ein feuriger Vaterlandsfreund. Auch war Dannenf ein tüchtiger Lateiner. Im Jahre 1911 erschien von ihm — aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt — des Apicius Coelius römische Kochkunst.

Lucka (S.-A.), 19. Sept. (Das Rittergut Prößdorf) ist durch Verkauf seitens der bisherigen Besitzerin, Witwe Treubert, in den Besitz der Aktiengesellschaft Grube Edwin bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170920014/fragment/page=0003

Mumsdorf übergegangen. Vor Jahren ist bekanntlich auch das Rittergut Falkenhein in der Besitz obiger Aktiengesellschaft gekommen.

Nordhausen, 19. Sept. (Zuviel Kindersegen!) Wie unser Superintendent bekanntgibt, wurde er beim Wohnungssuchen von einem Hausbesitzer in der Osterstraße gefragt: „Wieviel Kinder besitzen Sie?" Als die Antwort lautete: „Fünf", erklärte der Hausbesitzer: „Dann bedaure ich! Durch so viele Kinder wird die Wohnung zu sehr abgenutzt!" Zugleich teilte der Superintendent mit, daß es einer Kriegerfrau seiner Gemeinde ähnlich geht: die Frau kann trotz aller ihrer und der Gemeindeschwester eifrigsten Bemühungen keine Wohnung finden, weil sie — 4 Kinder besitzt. Der Superintendent protestiert öffentlich und nachdrücklich gegen eine Gesinnung, die allem christlichen, sozialen und vaterländischen Empfinden Hohn spricht.

Calbe a. d. Saale, 19. Sept. (Unglaubliche Pachtsteigerungen.) Nach dem zwischen der Stadt Calbe und der Stadt Gessenkirchen geschlossenen Vertrage muß die letztere als Pächterin der hiesigen Domäne bekanntlich einen Teil des Domänenackers im Wege der Wiederverpachtung an Calbenser Einwohner abgeben. Eine Anzahl Parzellen kam bereits vor kurzem zur Verpachtung. Dabei wurden unter starkem Andrang bis zu 218 Mark für den Morgen erzielt. Bei der jetzt erfolgten Verpachtung von 23 weiteren Parzellen von je zwei Morgen wurden aber noch erheblich höhere Preise gezahlt, nämlich 260 bis 291 Mark pro Morgen. Die Pachtzeit beträgt 12 Jahre.

Stendal, 19. Sept. (Hinrichtung.) Heute früh hat auf dem Gefängnishofe in Stendal die Hinrichtung eines Mörders, des landwirtschaftlichen Arbeiters Ladislaus Kamecz, stattgefunden. Er hatte Ende Juli 1916 ein Dienstmädchen namens Wöhler aus Wolfsburg, Kreis Gardelegen, ermordet. Die Hinrichtung vollzog der Scharfrichter aus Magdeburg.

Vermischtes.

Arbeiten im Friedenspalast im Haag. Aus Haag wird gemeldet: Im hiesigen Friedenspalast werden gegenwärtig Herstellungsarbeiten und Ausbesserungen vorgenommen. „Es hat den Anschein, als ob sich in der nächsten Zeit im Palast ein lebhaftes Treiben bemerkbar machen sollte. Verschiedene Handwerker sind eifrig im Palast tätig. (Na also, der Anfang wäre ja gemacht . . .)

Im Zeichen der Sparsamkeit. Unter diesem, natürlich ironisch gemeinten Titel veröffentlicht „L'Oeuvre" neuerdings kleine Beobachtungen, die die sinnlose Verschwendungssucht in den Kreisen der Pariser Kriegslieferanten geißeln. „In einer Straße in Auteuille", wird beispielsweise erzählt, „hatte sich gestern früh vor dem Laden eines Damenfriseurs eine Anzahl von „Klientinnen" eingefunden, die sehr erbost darüber waren, daß ihnen der Eintritt verwehrt wurde. Der Friseur erklärte, es sei ihm unmöglich, die Damen jetzt zu empfangen, da er Arbeit für den ganzen Vormittag habe. Da man nicht nachgab, öffnete er schließlich die Tür des Hinterzimmers und zeigte auf drei „Klientinnen", die dort unbeweglich auf einer Bank saßen: es waren drei große Puppen, deren Perücken mit der Brennschere bearbeitet wurden. In einem Hause gegenüber wohnt nämlich ein Kriegslieferant, der nicht weiß, was er mit all seinem Gelde machen soll. Jeden Sonnabend, so erzählt der Friseur, schickt dieser Kriegslieferant daher die Puppen seiner Töchter, um sie frisieren zu lassen, was für den Kopf 5 Fr. kostet."

Wahre Kameradschaft. Ein Soldat kommt, schwer mit Paketen beladen, daheim auf Urlaub an. „Was bringst du uns da für viele Sachen!" ruft seine Frau ihm erfreut entgegen.

„Pst! Alles nur Beipacks für Kameraden", erwidert der Soldat seiner Frau.

„Und was ist für uns?" fragt die Frau.

„Geduld, Geduld, das gebe ich einem Urlauber mit, wenn ich wieder draußen bin."

(Aus der Lille Kriegszeitung.)

Letzte Depeschen.

Präsident Kerenski?

c. B. **Berlin, 19. Sept. Der „Lokal-Anzeiger" berichtet aus Kopenhagen: „Rjetsch" verzeichnet das Gerücht, daß Kerenski nunmehr zum Präsidenten der Republik ausgerufen werde, um ihm ein für allemal die nötige Autorität zu geben.**

Friedensaussichten?

c. B. **London, 19. Sept. In amerikanischen Finanzkreisen wächst die Ueberzeugung, daß die Einleitung der Friedensverhandlungen noch vor Ende dieses Jahres erfolgen wird. In diesem Sinne lautende Mitteilungen wurden nach Paris telegraphiert. Ihre Veröffentlichung wurde aber dort durch die Zensur streng verweigert. In England wird der Friedensgedanke besonders in den leitenden katholischen Kreisen genährt.**

Zum U-Boot-Kriege im Mittelmeer.

Bern, 19. Sept. Der „Liverpooler Courier" erfährt aus Schiffahrtskreisen, daß in den letzten Augusttagen die französische und italienische Regierung fast alle Häfen des Mittelmeeres infolge der großen U-Boot-Gefahr geschlossen haben. Die Häfen liegen voller Dampfer, welche nicht auslaufen können. Durch diesen Aufenthalt von fast einer Woche entstehen Verluste im Werte von Millionen, da die Schiffahrt augenblicklich täglich soviel einbringt wie früher monatlich. Vor allem wurden die Kohlentransporte nach Frankreich und Italien sehr aufgehalten. Der Verlust wird auf 400 000 Tonnen geschätzt, die nicht mehr eingeholt werden können. Jetzt haben die französische, englische und italienische Regierung Maßregeln getroffen, um die Sicherheit zur See wiederherzustellen. Der August war im Mittelländischen Meer für die Schiffahrt jedoch der nachteiligste Monat. Es wird noch eine große Zahl englischer Dampfer vermißt, welche zu neun Zehntel für verloren angesehen werden müssen.

Aufstände in Kanada gegen die Wehrpflicht.

WTB. **Berlin, 19. Sept. Der Kampf gegen die Wehrpflicht hat in Kanada zu einer schweren inneren Krise geführt; das ist um so begreiflicher, als die Engländer in den letzten großen Kämpfen ihre kanadischen Truppen rücksichtslos geopfert haben, so daß die kanadischen Divisionen völlig dezimiert wurden. Die Kanadier in der Heimat sind sich auch darüber klar, daß sie nur als Kanonenfutter dienen sollen und haben sich in förmlichen Aufständen gegen die Dienstpflicht gewehrt.**

Die Beisetzung der Königin Eleonore.

WTB. **Sofia**, 19. September. (Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur.) Die sterblichen Ueberreste der Königin Eleonore von Bulgarien wurden heute zur letzten Ruhe bestattet, nach dem die Bevölkerung, die in Massen zur Aufbewahrungsstätte herbeigeströmt war, von der verewigten Herscherin Abschied genommen hatte. Nach 3 Uhr hatten sich in der evangelischen Kirche eingefunden: Die Außerordentlichen Gesandten und Vertreter aus dem Auslande, die Häupter der diplomatischen Mission mit den Militärbevollmächtigten, die Mitglieder des Kabinetts, der Präsident der Sobranje, Generalissimus Jukow, das Gefolge der auswärtigen Fürstlichkeiten, die Chefs der diplomatischen Mission, der königliche Hofstaat, die Mitglieder des Zivil- und Militärstabs des Königs, der Bürgermeister von Sofia, die Vorstände der auswärtigen Sanitätsmission, der Präsident des bulgarischen Roten Kreuzes, der Obmann der Deutschen Kolonie, der Kommandant des 24. Infanterie-Regiments, dessen Ehrenin haberin die verstorbene Königin war. Um ½3 Uhr traf der König mit den Mitgliedern der königlichen Familie und den fürstlichen Persönlichkeiten vor der Kirche ein. Nach Beendigung der Zeremonie setzte sich der Zug in Bewegung. Unmittelbar hinter dem Sarge folgte der König und die übrigen Trauergäste. Eine Eskadron Kavallerie bildete den Schluß des Zuges, der sich durch die Stadt bis zum Denkmal Alexanders II. bewegte, vorbei an der dichtgedrängten Menschenmasse, die die Wohltäterin des Volkes ehrfurchtsvoll begrüßte. Die Beisetzung fand in der Kirche des in der Nähe von Sofia gelegenen Dorfes Bojana statt, das sich die Verewigte selbst als letzte Ruhestätte bestimmt hatte.

Aenderung in hohen Beamtenstellungen.

Berlin, 19. September. Der Geheime Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Ministerium des Inneren v. Gröning ist vom 1. November ab zum Präsidenten der Regierung in Koblenz, der Geheime Oberfinanzrat und Vortragende Rat im Finanzministerium v. Velsen vom 1. Januar zum Präsidenten der Regierung zu Hannover und Landrat Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfelde in Siegburg zum Präsidenten der Regierung in Aachen ernannt worden.

7000 Millionen Dollars für Heereszwecke.

Washington, 18. September. (Reuter.) Der Gesetzentwurf, der eine Verteilung von 7000 Millionen Dollars für die Armee, für Befestigung und die Schiffahrt vorsieht, ist im Repräsentantenhause einstimmig angenommen worden.

Die italienische Grenze wieder geöffnet.

WTB. **Chiasso**, 19. September. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die italienische Grenze ist bei heute früh wieder geöffnet.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Halle-Hettstedter Eisenbahn-A.-G. in Halle.

In der gestern in „Stadt Hamburg" abgehaltenen Generalversammlung vertraten 12 Aktionäre 3230 Stimmen mit einem Aktienkapital von 3 230 000 Mark. Der Vorsitzende, Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Lehmann, widmete zunächst dem verstorbenen Aufsichtsratsmitgliede Finanzrat Fuchs Worte ehrenden Gedenkens und gab sodann kurze Erläuterungen zum Geschäftsbericht. Die Regularien wurden debattelos genehmigt, die Dividende auf 3½ Prozent festgesetzt; sie ist ab 21. Sept. zahlbar.

Neu wählte man in den Aufsichtsrat Herrn Rechtsanwalt Dr. Pundt-Berlin, Verkehrsdirektor der Eisenbahnbau- und -Betriebsgesellschaft Lenz u. Co.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 19. September. Wie an den vorangegangenen Tagen brachte die Börse ihre Auffassung der politischen Lage in einer Bevorzugung der als Friedenspapiere gekennzeichneten Effektengruppen zum Ausdruck, denen gegenüber das Geschäftsinteresse am Montan- und Rüstungsaktienmarkte wieder merklich zurücktrat. Indes hielten sich die Preisabschwächungen bei den Waffen- und Munitionsaktien in sehr mäßigen Grenzen, da bemerkenswertes Angebot nicht hervortrat und für einzelne Werte, wie Dynamit, weiterhin sich sogar Nachfrage einstellte. Köln-Rottweiler blieben behauptet. Deutsche Waffen, Rhein. Metall, Loewe stellten sich niedriger, auch Benz; dagegen wurden Daimler fester. Unter den Montanpapieren lagen neben Bochumern und Phönix auch oberschlesische Werte (besonders Caro) sowie die Aktien der kleineren Stahlwerke schwächer. Thale wurden weiterhin etwas fester; als fest sind ferner Hohenlohe zu nennen.

In der zweiten Verkehrsstunde wurde die Haltung allgemein schwächer, ausgehend von Montan-, insbesondere oberschlesischen Werten, was auch die Kurse der Schiffahrtspapiere beeinflußte, von denen Paketfahrt, Lloyd und Hansa ihren erhöhten Anfangsstand nicht aufrechterhalten konnten. Auch Schantungbahn, Otavi, South West und andere Kolonialfachen hielten beste Tageskurse nicht aufrecht. Dagegen bewahrten Festigkeit von Wien abhängige Werte, wie Credit-Aktien, Franzosen und Lombarden. Orientbahnen und Türkische Tabak waren abgeschwächt. Höhere Kurse erzielten russische Banken.

Am Schluß trat, ausgehend von einer prozentweisen Erhöhung der Phönix-Aktien, eine allgemeine Besserung der Montanaktienkurse ein, aus der auch oberschlesische Werte Nutzen zogen. Fest lagen ferner von Elektropapieren Siemens-Schuckert, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen und Deutsch-Ueberseeische, dagegen waren A. E. G. und Bergmann etwas abgeschwächt.

Tägliches Geld 4 Proz. und darunter, Privatdiskont 4% und darunter.

Am Rentenmarkt beanspruchten von inländischen Staatsanleihen 3- und 3½prozentige wiederum Kaufinteresse. Oesterreichisch-Ungarische Renten liegen weiter fest. Gebessert waren russische Anleihen, erheblich 1902er. Auch türkische Administrationsanleihe, Japaner und 4proz. Mexikaner zeigten Festigkeit, während Bewässerungsanleihe etwas nachgab.

Bringt Euer Gold zur Goldeinkaufsstelle!

Devisenkurse.

Berlin, 19. September 1916.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorig. Tag Geld	Vorig. Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	301¾	302¼	301¾	302¼
Dänemark	100 Kr.	217	217¾	217	217¾
Schweden	100 Kr.	240¾	241¾	240¾	241¾
Norwegen	100 Kr.	217¼	217¾	217¼	217¾
Schweiz	100 Fr.	152¼	152¾	152¼	152¾
Wien / Budapest	100 K.	64.20	64.30	64.20	64.30
Bulgarien	100 Leva	80.50	81.50	80.50	81.50

Konstantinopel Geld 19,90 Brief 20,00 für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 127,50 Brief 128,50 für 100 Pesetas.

Getreide.

Berlin, 19 September. Im Warenverkehr entwickelt sich nach und nach größere Nachfrage für Heidekraut, da die Aussicht, daß die Knapphei in Heu und Stroh in Kürze nachlassen wird, wenig ermutigend ist. Das Angebot in diesem Artikel war indes nur gering, da hauptsächlich die Arbeitskräfte zum Schneiden fehlen. Begehr zeigt sich bereits für Sommergetreide, das aber über den 1. Januar nicht gehandelt werden darf. In Wintersaatgetreide (Original-Saaten) ist nur noch wenig zu haben und auch die Absaaten derselben verteilen sich mehr und mehr. In Sämereien besteht Nachfrage für Gemüse-, Klee- und Grassämereien zur Frühjahrslieferung. Das Geschäft hierin ist jedoch gering, da die Kaufleute nur wenig Bestände haben. Sonst sich nichts Neues zu berichten.

Vereinigte Schloß- und Neumühlen-Werke, Akt.-Ges. zu Eilenburg. Der Aufsichtsrat schlägt der auf den 15. Oktober einzuberufenden Generalversammlung wieder 7 Prozent Dividende vor. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt: „Auch im Geschäftsjahr 1916/17 blieb die Tätigkeit auf Lohnmüllerei beschränkt, welche wir im Auftrage der Reichsgetreidestelle und des Kommunalverbandes ausführten. Die uns zugewiesenen Vermahlungsmengen stehen leider nicht im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit unserer Mühlen, so daß der Beschäftigungsgrad nur ungefähr die Hälfte erreichte. Die Durchführung des Betriebes infolge der wechselnden Ausmahlungsvorschriften, Leutemangel und Beschaffung der Betriebsmaterialien usw. war sehr mühevoll, zumal wir auch gezwungen wurden, während der anhaltenden Frostperiode die Dampfanlage in Anspruch zu nehmen was nicht unbedeutende Ausgaben erforderte. Entsprechend den gesteigerten Betriebsunkosten sind die gewährten Mahllöhne zu niedrig und wenn das Rechnungsergebnis trotzdem zufriedenstellend war, so dürfte dieses mit auf die Zinserträgnisse für angelegte Betriebskapitalien zurückzuführen sein. Der Fabrikationsüberschuß beträgt im vergangenen Jahre Mark 131 716,67, hierzu kommen die Zinserträgnisse mit Mark 14 586,38. Nach Absetzung der Unkosten und Hypothekenzinsen verbleibt ein Betriebsüberschuß von Mark 64 876,32, wovon Mark 15 680,30 zu Abschreibungen verwendet werden. Nach Zahlung der Tantiemen an den Aufsichtsrat und Vorstand in Höhe von Mark 4970.22 verbleibt ein Gewinn zuzüglich Vortrag von 1915/16 mit zusammen Mark 49 753,40, welcher zur Verfügung der Generalversammlung steht. Wir schlagen vor, aus dieser Summe weder 7 Prozent Dividende zu verteilen, dem Rückstellungskonto weiter 10 000 Mark zuzuweisen und den Rest von 4753,40 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Die Gewinnverteilung stellt sich wie folgt: Reingewinn lt. Bilanz pro 1916/17 49 196,02 Mk. Hiervon 4 Proz. Dividende lt. Statut 20 000 Mk. Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand 4970,22 Mk. Hierzu Gewinnvortrag von 1915/16 5527,60 Mk. Davon 3 Proz. Superdividende 15 000 Mk. Für das Rückstellungskonto 10 000 Mark. Vortrag auf neue Rechnung 4753,40 Mk.

Ersparte Malzmengen. In Brauerkreisen sind Befürchtungen darüber aufgetaucht, daß die aus dem Kontingentenjahr 1916/17 ersparten Malzmengen allgemein auf die Gerstenzuteilungen oder die Malzkontingente für das Wirtschaftsjahr 1917/18 angerechnet werden könnten. Da diese Befürchtungen dazu führen könnten, daß Bierbrauereien nunmehr ihre ersparten Malzbestände in unwirtschaftlicher Weise schneller als nötig aufarbeiten, weist das Kriegsernährungsamt darauf hin, daß die Verordnung über die Malz- und Gerstenkontingente der Bierbrauereien sowie den Malzhandel vom 7. Oktober 1916 die Frage in dem Sinne regelt, daß die Bierbrauereien alle in der Zeit bis 1. Juli 1917 ersparten Malzmengen noch in der Zeit bis 30. September 1917 und alle von der für das Vierteljahr Juli-September festgesetzten Malzmenge ersparten Mengen noch in der Zeit bis 31. Dezember 1917 verwenden dürfen. Es sei nicht beabsichtigt, hierin zu irgendwelchen Bierbrauereien eine Aenderung, als welche auch die Anrechnung auf das neue Kontingent angesehen werden müßte, eintreten zu lassen. Auf unverarbeitete Gerstenvorräte bezieht sich aber die genannte Verordnung nicht. Für diese gelten die Vorschriften der Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 507).

Aus der Drahtindustrie. In einer Versammlung der Drahtverfeinerungswerke ist der Beschluß gefaßt worden, im Hinblick auf die Steigerung der Selbstkosten, namentlich der Löhne, bei den zuständigen Amtsstellen um einen weiteren Preisaufschlag für die ab 1. Oktober zu tätigenden Abschlüsse vorstellig zu werden. Eine gleiche Erhöhung wird für Walzdraht angestrebt. Die Situation für die Drahtwerke ist in der letzten Zeit noch angespannter geworden. Vielfach ist die Beschäftigung der Werke, namentlich in den Drahtverfeinerungsprodukten, derartig stark, daß bis auf weiteres die Hereinnahme neuer Bestellungen abgelehnt werden muß.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 18. Sept. Weizen: Sept. —, Dez. —, Mai —. Mais: Sept. —, Dez. 118⅝, Mai 115⅝. Schmalz: Sept. 23,77, Dez. 23,62, Mai 22,57. Pork: Sept. 42,35, Dez. 42,50, Mai 43,02. Rippen: Sept. 24,10, Dez. 24,00, Mai 21,97. Hafer: Sept. 59⅝, Dez. 58¼.

New York, 18. Sept. Winterweizen: 228, 228. Mais: 207. Mehl: —. Zucker: —. Kaffee: 8⅝.

Elbe (19. September.

Aussig	−0,55	Roßlau	+0,08
Dresden	−1,94	Barby	+0,24
Torgau	—	Schönebeck	+0,07
Wittenberg	+0,76	Magdeburg	+0,32

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Hans Natonek; für den Anzeigenteil: Hugo Franke. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170920014/fragment/page=0004